

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Er scheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Beitzelle 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und bei
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2238.
Redaktion und Expedition:
Berlin O. 17,
Münchenergerstr. 15.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker).

Nr. 41. Berlin, den 10. Oktober 1902. XIII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Paslke, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15,
Geldsendungen an G. Gahner, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15, zu adressieren.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

Die Sozialdemokratie als politische Partei geht uns nichts an. Wir interessieren uns für sie nur soweit, wie ihre wirtschaftlichen Ziele in Betracht kommen, und stehen ihr in dieser Hinsicht als Anhänger der freien Selbsthilfe feindlich gegenüber. Was speziell das Gebiet der Arbeiterfrage anbetrifft, so muß unbedingt zugegeben werden, daß die Arbeiter der Sozialdemokratie manches zu verdanken haben, wenn auch andererseits nicht verkannt werden darf, daß auch Vieles wegen der zu hoch gespannten Forderungen der Sozialdemokraten bisher unerreicht geblieben ist. Wie dem aber auch sei: die sozialdemokratische Partei ist ein Faktor geworden, der in unserer Gesetzgebung ein gewichtiges Wort mitzureden hat und dessen Einfluß, dank dem junkerlichen Ausbeutungssystem, nach den nächsten Reichstagswahlen eher wachsen als sinken wird. Lediglich deshalb wollen wir uns auch in Folgendem kurz mit dem sozialdemokratischen Parteitag beschäftigen, der in der bayerischen Hauptstadt München vom 14. bis 22. September d. J. stattgefunden hat. Dabei sei gleich bemerkt, daß wir uns um die inneren Parteiangelegenheiten nicht kümmern werden, sondern nur diejenigen Punkte herausgreifen, die uns als Berufsorganisation interessieren müssen.

Es handelt sich dabei vor Allem um zwei Angelegenheiten, das Referat Molkenbuhr's über die Arbeiterversicherung und die darauf folgende Diskussion, sowie eine Resolution, welche die baldige Einführung des Proportional-Wahlsystems für alle Wahlen im Reich, Staat und Gemeinde verlangt.

Was die erste Frage betrifft, so wird wohl auch der schärfste Gegner sozialdemokratischer Bestrebungen nicht leugnen können, daß Molkenbuhr einer der gründlichsten Kenner auf diesem Gebiete ist, dessen Verdienste um die Arbeiterschutzgesetze unbestritten sind. Kein Wunder also, wenn sein Referat, wenigstens soweit es die bereits bestehenden Versicherungsformen anging, durchaus sachlich war und treffend die vorhandenen Mängel und Lücken nachwies und kritisierte. Bemerkenswerth dabei war übrigens auch, daß trotz vieler bissigen Redewendungen der Referent recht nüchtern die Angelegenheit beurtheilte und ein recht reges Interesse an den bestehenden Gesetzen zeigte, während früher die Sozialdemokratie die Arbeiterversicherung stets nur mit Hohn und Spott überschüttete und im Reichstage meistens dagegen stimmte. Damit wollen wir übrigens nicht gesagt haben, daß wir etwa damit so recht zufrieden sind. Im Gegentheil: für uns sind die Arbeiterversicherungsgesetze nur Palliativmitteln zur Vinderung der sozialen Noth, die dem Unglücklichen eine Unterstützung gewähren, die zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig bietet.

Doch wenden wir uns zurück zu den Erörterungen über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die einen verhältnismäßig breiten Raum einnahmen. Auf dem Kongreß der Gewerkschaften, der im Frühjahr d. J. in Stuttgart stattgefunden hat, wurde

bekanntlich nach einem Referat des berühmten Herrn v. Elm eine Resolution angenommen, die besagte, daß die zur Arbeitslosenversicherung erforderlichen Mittel theils von den Gewerkschaften aufgebracht werden sollen, theils von dem Reiche und theils von den Berufsgenossenschaften, so daß also Arbeiter, Unternehmer und Reich zu den Lasten herangezogen würden. Die Verwaltung aber soll allein im Schoße der Gewerkschaften ruhen. Wir haben bereits in unserer Nr. 27 diese Vorschläge eingehend kritisiert, ihre Undurchführbarkeit nachgewiesen und unseren ganz entschieden ablehnenden Standpunkt dargelegt, so daß wir heute auf eine nochmalige Erörterung verzichten können. Es war nun aber doch eigentlich anzunehmen, daß auch der sozialdemokratische Parteitag sich auf den Boden der v. Elm'schen Resolution stellen würde. Das ist indessen nicht geschehen, sondern nachdem man sich stundenlang herumgestritten hatte, wurde der Beschluß gefaßt, das Referat und die Diskussionsreden drucken und als Agitationschrift verbreiten zu lassen. Zu einer endgültigen Stellung konnte man sich nicht entschließen und einen bestimmten Auftrag erhielt die Reichstagsfraktion auch nicht. Und das kam so:

Der Referent Molkenbuhr trat zunächst in seinen Ausführungen entschieden dafür ein, daß die Arbeitslosenversicherung nicht den Berufsvereinen, sondern wie die übrigen Versicherungsformen dem Reiche übertragen würde. Dabei aber soll für die Versicherten, also die Arbeiter, schließlich die volle Selbstverwaltung beansprucht werden. Wir können einen solchen Standpunkt beim besten Willen nicht verstehen. Es ist doch für absehbare Zeit absolut ausgeschlossen, daß der Staat, der an und für sich an chronischem Dalles leidet und für Kulturzwecke keine Mittel übrig hat, einen Versicherungszweig übernimmt, der die Reichsfinanzen nicht unerheblich belasten würde und dennoch die Verwaltung den Arbeitern überläßt. Das sind für uns, ebenso wie die Vorschläge des Herrn v. Elm, „Schlösser, die im Monde liegen.“ Im Gegentheil würde unseres Erachtens der Bureaokratismus sich noch mehr breit machen als es bisher ohnehin schon der Fall ist bei den Einrichtungen, die mit unseren Versicherungsgesetzen im Zusammenhang stehen. Im Uebrigen würde auch die Arbeiterschaft nach Molkenbuhr's Idee gehörig bluten müssen. Denn von der Summe von etwa 200 Millionen Mark, die nach seiner Berechnung die Reichsarbeitslosenversicherung unter Zugrundelegung der Zahlung von 1895 pro Jahr kosten würde, soll ein Drittel von den Arbeitern selbst aufgebracht werden. Mit Recht bemerkt dazu der „Gewerkverein“: „Wenn die deutschen Arbeiter aber in jedem Jahre 67 Millionen Mark allein für die Arbeitslosenversicherung aufbringen sollen, dann ist das keine Kleinigkeit. Sofern von dieser Summe nur die Hälfte, ein Drittel, ja selbst nur ein Viertel freiwillig von den deutschen Arbeitern für ihre Organisation aufgebracht würde, dann ständen die Arbeiter groß da; solche Leistungen der Selbsthilfe würden der Arbeiterschaft Respekt und Achtung verschaffen in allen Kreisen der Bevölkerung, während die zwanngsweise Anbringung so gewaltiger Mittel den Staat als einen Wohltäter und die Arbeiter als zur unterwürfigen Dankbarkeit verpflichtete Wohlfahrtsempfänger erscheinen läßt.“

Von unserer und auch noch von anderer Seite ist als Einwand gegen die Zwangsarbeitslosenversicherung häufig angeführt worden, daß durch sie den Berufsorganisationen ein wichtiges Anziehungsmittel geraubt würde. Diese Befürchtung hält Wolkenbuhr für nicht gerechtfertigt, da nach seiner Meinung auch die bisherigen Versicherungsgesetze den Arbeitervereinigungen nichts geschadet hätten. Nun, wir sind anderer Ansicht und glauben fest, daß die ewige Bevormundung durch den Staat viele Arbeiter gedankenlos und dadurch der Idee der Selbsthilfe abtrünnig gemacht hat. Wir befinden uns da ausnahmsweise einmal in Uebereinstimmung mit dem mehrfach erwähnten Herrn v. Elm, der es für zweifellos erklärte, daß die Arbeiterversicherung die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine aufgehalten habe, was in noch erhöhtem Maße der Fall sein werde, wenn ihnen der Staat nun auch noch die Arbeitslosenversicherung nähme. Aehnliche Anschauungen wurden auch noch von anderen Rednern geäußert. Da man nun jedenfalls die Vertreter der Gewerkschaften nicht vor den Kopf stoßen wollte und eine Klärung über diese für die Arbeiterschaft so außerordentlich wichtige Sache nicht zu erzielen war, beschloß man, nachdem auch der Referent betont hatte, daß er durchaus nicht eine bestimmte Direktive geben wollen, sich nur im Prinzip für die Versicherung zu erklären, die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles aber offen zu lassen. Wo es sich also um wirklich praktische Fragen handelt, da scheint die Sozialdemokratie zu versagen, da ist sie mit ihrer Weisheit zu Ende. Um die Arbeitslosigkeit zu steuern soll die Reichstagsfraktion eifrigst für Einführung des Achtstundentages eintreten. Zunächst allerdings hat sie die Forderung des Zehnstundentages zu verteidigen, den sie selbst bereits in einem Antrage verlangt hat.

Gründlicher auf diese Diskussion noch einzugehen, liegt für uns keine Veranlassung vor, zumal da unsere Stellung zur Frage der Arbeitslosenversicherung festgelegt ist in dem Grundsatz, daß dieser Versicherungszweig am besten und sichersten geborgen ist im Schoße der Arbeiterorganisationen selbst. Zu diesem Standpunkte hat uns eine jahrzehntelange Erfahrung geführt.

Wir wollen nur noch kurz die Erörterungen über die Einführung des Proportionalwahlsystems, das ja überhaupt eine Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms bildet, erwähnen. Da trotzdem vielfach „Genossen“ dagegen aufgetreten sind, wie beispielsweise in Berlin, wo die durchweg sozialdemokratischen Arbeitervertreter gegen die Verhältniswahl zum Gewerbegericht stimmten, wurde dies Wahlsystem nochmals ausdrücklich in einer Resolution verlangt, die aber abgelehnt wurde. Bei dieser Gelegenheit erklärte nach dem Bericht des „Vorwärts“ der Parteisekretär Pfannkuch, daß, wo dies Wahlrecht sich ermöglichen läßt, die Partei sich dem natürlich nirgends widersetzen würde; . . . „aber wir brauchen nicht nachgiebig und großherzig bei Seite zu stehen, wo andere Parteien auf Grund des Proportionalwahlsystems Nutzen haben würden.“ Und so etwas nennt dann die Welt Prinzipientreue. Das sind Grundsätze einer Partei, die allein für sich die wirklich demokratische Gesinnung in Erbpacht genommen zu haben den Anschein erweckt. Da braucht man sich denn auch nicht über Vorkommnisse wie in Berlin zu wundern.

Wer vor solchem Parteitage die sozialdemokratische Presse zu lesen gezwungen ist, der kann stets beobachten, wie die Reklametrommel gerührt und immer und immer wieder auf die riesige Bedeutung jener Zusammenkunft hingewiesen wird, gerade als ob es sich um welterschütternde Ereignisse dabei handelte. Nun, so schlimm ist die Sache nicht; die Herren überheben sich denn doch gewaltig. Und wenn dann nachher in den Betrachtungen über den Verlauf des Parteitages in überchwänglichen Phrasen die Erfolge aufgezählt werden und die Wichtigkeit der gefaßten Beschlüsse in allen Tonarten gerühmt wird, so wird das auf den ruhigen und unbefangenen Beobachter wenig Eindruck machen. Auch diesmal sind die praktischen Erfolge, wie die Besprechung der Arbeitslosenversicherung treffend zeigt, herzlich gering. Es gilt auch hier der Satz: „Die Berge haben gekreist, geboren aber wurde nur ein kleines Mäuslein.“

Hoffentlich erkennt die Mehrzahl der deutschen Arbeiter recht bald, daß sich mit hochtönenden Redensarten das soziale Elend nicht lindern, geschweige denn beseitigen läßt, sondern daß dies nur starke und auf gediegener Grundlage beruhende Berufsorganisationen vermögen, wie es die Deutschen Gewerksvereine sind.

Rundschau.

Wochenübersicht. Der Wiederbeginn des parlamentarischen Lebens steht unmittelbar bevor. Die nächste Sitzung des

Reichstages

findet am 14. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, statt. Tagesordnung: Petitionen. Bekanntlich wurde der Reichstag am 11. Juni durch Kaiserliche Verordnung bis zum 14. Oktober vertagt und nur die Zolltarifkommission blieb beisammen, um die Tarifvorlage für die zweite Lesung im Plenum vorzubereiten. Der Termin für den Wiederzusammentritt des Plenums war also im Voraus bestimmt, dem Präsidenten des Reichstages war nur vorbehalten, aus eigener Machtvollkommenheit die Tagesstunde und die Tagesordnung der Eröffnungssitzung festzusetzen. Das ist nun geschehen, denn die 2000 Mk. Tagelöhner-Kommission hat in den letzten Tagen mit geradezu fieberhaftem

Eifer gearbeitet. Im Handumdrehen wurden die Positionen erledigt und nun kann der Tanz im Plenum beginnen. Da wird's dann freilich anders hergehen. Die Kommissionsberatung hatte keinen Sinn und Zweck mehr, alle Welt hatte diese überflüssigen, endlosen Beratungen, welche die Sache keinen Zoll breit weiter fördern, gründlich satt und sehnte sich nach der Entscheidung, die eben nur im Plenum fallen kann. Die Arena ist jetzt eröffnet, in vierzehn Tagen werden die Kechter ihre Plätze einnehmen und dann wird alsbald das letzte, große Ringen in diesem verhängnisvollen Streite, der über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft entscheiden soll, seinen Anfang nehmen. Man nimmt an, daß bereits am 15. Oktober die zweite Lesung des Zolltarifs auf die Tagesordnung gesetzt wird. — Das wird eine lebhafte Session werden!

Sie wird auch sonst sehr interessante Debatten bringen, denn das

Defizit

schwillt immer mehr an. Zuerst sollte der Fehlbetrag 150 Millionen Mark betragen. Jetzt aber meldet ein sächsisches Blatt, daß man mit einem solchen von

180 Millionen Mark

werde rechnen müssen. Die „Berl. Pol. Nachr.“, die früher wenigstens zum Reichschahant und zum preussischen Finanzministerium Beziehungen unterhielten, sprechen in einem längeren Artikel über den Rückgang der Reichseinnahmen und sagen zum Schluß: „In Wirklichkeit helfen solche Experimente doch nicht über die Thatsache hinweg, daß ein dauerndes Mißverhältnis zwischen den gegenwärtigen Einnahmen des Reichs und seinem Ausgabebedarf besteht, welchem nur durch entsprechende Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs abgeholfen werden kann.“ — Das klingt ganz so, als ob die Bier- oder Tabaksteuer, oder beide, ihr Auferstehungsfest feiern sollten.

Vergangene Woche ist der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister a. D.

Dr. v. Gofler

gestorben. Der Entschlafene, der 64 Jahre alt geworden ist, war einer jener preussischen Beamten, die der Ehre gewürdigt wurden und eine Ehre darin fanden, an verantwortlicher Stelle die Bismarck'sche Reaktions- und Interessenwirthschaft als gefügige Werkzeuge im Einzelnen durchzuführen und nach Nutzen zu vertreten. Er hatte es auf der Stufenleiter der preussischen Bureaucratie bereits im Jahre 1879, also mit 41 Jahren, zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium gebracht, nachdem er ein Jahr zuvor in einem ostpreussischen Wahlkreise in den Reichstag gewählt war. Im Jahre 1881 wählte ihn, den abhängigen Verwaltungsbeamten, die reaktionäre Mehrheit des Reichstages zum ersten Präsidenten, doch sollte seines Bleibens an dieser Stelle nicht sein. Er wurde als Nachfolger des zum Minister des Innern ernannten Herrn v. Puttkamer an die Spitze des preussischen Kultusministeriums berufen. Weder die Volksschule noch die Wissenschaft haben irgend welchen Grund, die zehnjährige Wirksamkeit dieses „Ministers des Geistes“ und die Erinnerung daran zu segnen. Am 12. März 1891 legte Gofler sein Amt nieder; am 7. Juli erhielt er das Oberpräsidium Westpreußen. In seiner neuen Wirksamkeit hat sich Gofler als ein tüchtiger, umsichtiger Verwaltungsbeamter bewährt. In der Provinz Westpreußen, die er länger als zehn Jahre verwaltet hat, wird man das Hinscheiden v. Gofler's lebhaft beklagen, dem preussischen Bürgerthum in seiner Gesamtheit aber hat er keinen Grund gegeben, sich seiner mit Sympathie zu erinnern. —

Ein plötzlicher Todesfall hat auch in Frankreich das Interesse der ganzen Nation und der ganzen Welt wachgerufen:

Emile Zola,

der bedeutende Schriftsteller, ist das Opfer einer Kohlenoxydgas-Vergiftung geworden. Ueber die Romane des so plötzlich aus dem Leben Geschiedenen brauchen viele Worte nicht mehr verloren zu werden: sie eröffneten der Literatur neue Bahnen. In aller Erinnerung aber ist das Eingreifen des Verstorbenen in den

Dreyfus-Handel.

Seit Herbst 1897 war es allen, die mit der Affäre vertraut und nicht voreingenommen waren, immer klarer geworden, daß der Hauptmann Dreyfus unschuldig wegen Verraths verurtheilt worden war und unschuldig auf der Teufelsinsel schmachtete. Zola nahm sich der Affäre an; am 13. Januar 1898 erschien in der „Aurore“ unter dem Titel „J'accuse“ (Ich klage an!) ein an den Präsidenten der Republik Felix Faure gerichteter offener Brief, in welchem Zola alle Mächenschaften, die zur Verurtheilung des Dreyfus führten, aufdeckte. Veranlaßt war der Brief zunächst dadurch, daß wenige Tage zuvor der eigentliche Verräther, Major Esterhazy, vom Kriegsgericht freigesprochen worden war; der Zorn über diese skandalöse Freisprechung drückte Emile Zola die Feder in die Hand. Die Folge des Briefes war eine Anklage wegen Beleidigung des Kriegsgerichts. Der Prozeß wurde von dem Schwurgericht in Paris vom 7. bis zum 23. Februar 1898 durchgeführt; er endete mit der Verurtheilung Zola's zu einem Jahr Gefängniß und 3000 Francs Buße; der Herausgeber der „Aurore“ Perreux erhielt vier Monate Gefängniß und 3000 Francs Geldbuße.

Die vor Kurzem in dem Betriebe für Bauarbeit und Parquet von Leibe & Co., Berlin, Großbeerenstr., als auch in der Bauischlerei von Reddemann, Gr.-Görschenstr., ausgebrochenen Lohn-differenzen sind auf verlangte Vermittelung seitens unserer betreffenden Ortsausschüsse durch Vertretung aus dem Gewerksvereinsbureau zur Zufriedenheit unserer Mitglieder beigelegt worden. Weiteres in nächster Nummer.

Die vereinigten Verbände der Holzindustrie Berlins und der Vororte haben beschlossen, sofort dem Bunde der Berliner Arbeitgeber beizutreten: Die Streitigkeiten, die seit Monaten schon zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und den Berliner Holzindustriellen schweben, haben neuerdings durch die Sperren von verschiedenen Werkstätten unter den Arbeitgebern aller Branchen viel böses Blut verursacht. Es wird befürchtet, diese Sperren könnten auch auf andere Betriebe ausgedehnt werden, und darum haben die vereinigten Verbände beschlossen, falls der Deutsche Holzarbeiterverband die Werkstattperrren nicht innerhalb vier Wochen beseitigt und sie weiter unterstützt, alle beteiligten Arbeiter, mehr als 8000, zu entlassen und nicht eher wieder in Arbeit zu nehmen, als bis eine Einigung erzielt worden ist.

Unseres Erachtens nach werden dadurch die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht gemildert, sondern nur verschärft. Die Arbeitgeber sollten vielmehr bestrebt sein, mit ihren Leuten möglichst in Frieden fertig zu werden. An uns Arbeitern liegt es wirklich nicht, wenn der Kampf kein Ende nimmt.

Aus Leipzig wird uns geschrieben, daß hinsichtlich der Lohnbewegung bei der Aktiengesellschaft Gebr. Zimmermann in Mölkau bei Leipzig, in einer kürzlich stattgehabten Versammlung der dort beschäftigten Arbeiter zur Mitteilung kam, daß der Vorsitzende des Aufsichtsraths der vorstellig gewordenen Kommission erklärte, es müsse bei dem festgesetzten Lohnabzug von 5% verbleiben. Zudem nun ein Vertreter des Holzarbeiterverbandes, zufolge dieses Bescheides, bedauerte, daß, da ungefähr nur 60 Kollegen wohl organisiert, jedoch noch nicht unterstützungsberechtigt, 60 Arbeiter überhaupt noch nicht organisiert wären, die Lokalverwaltung der Ansicht ist, vorläufig von weiteren Schritten Abstand zu nehmen, womit die Versammlung sich auch einverstanden erklärte.

Gegen den Gesetzentwurf zum Schutze der Kinder, der im Herbst den Reichstag wieder beschäftigen wird, erheben sich auch Unternehmerstimmen, aber nicht etwa, weil die Vorlage zu wenig, sondern weil sie zu viel verlangt. Nach dem Gesetzentwurf dürfen Kinder in Werkstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden, nicht beschäftigt werden. Als „Werkstätten“ gelten dabei auch Räume, welche zum Wohnen, Schlafen oder Kochen dienen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird. Da nun in der gesammten Hausindustrie auf dem Schwarzwalde das Wohnzimmer oder auch das Schlafzimmer meistens auch gleichzeitig das Arbeitszimmer ist, ferner das Material, aus welchem die Uhrenbestandtheile hergestellt sind, zum großen Theile sich als Legierungen von Kupfer oder Zink darstellen, so würde dort die Kinderarbeit so gut wie verboten sein. Dieser Umstand giebt der Billinger Handelskammer Veranlassung zu folgendem Stoßfussler, der natürlich von der Scharfmacherpresse mit größtem Behagen wiedergegeben wird. „Nun kann aber von einer Gesundheitsschädlichkeit dieser Arbeit keine Rede sein, viel eher verdient sie die Bezeichnung „Spielerei“ als „Arbeit“. Andererseits würde ein Verbot dieser Spielerei die ganze Schwarzwälder Hausindustrie zerstören. Ob für die Kinder selbst dadurch irgendwie eine günstige Wirkung erzielt wird, ist zweifelhaft, ziemlich sicher aber ist, daß Trägheit und Müßiggang bei ihnen bestärkt würden.“ Nun, wenn die Hausindustrie zerstört und statt dessen Fabrikindustrie geschaffen würde, so wäre das sogar ein recht erheblicher Fortschritt. Unglaublich ist es aber, wenn eine regelmäßige Beschäftigung mit thatsächlich gesundheitschädlichen Stoffen in Räumen, die gleichzeitig zum Kochen oder Schlafen benutzt werden, als „Spielerei“ bezeichnet wird. Wie mag wohl die Luft in solchen Zimmern sein? Wenn aber durch solche „Spielerei“ Trägheit und Müßiggang beseitigt werden, so sind eigentlich die Kinder wohlhabender Eltern, die an der „Spielerei“ nicht theilhaftig sind, zu bedauern, da sie jenen Lasten reitungslos verfallen müssen. Vielleicht läßt der Herr aus der Billinger Handelskammer, der jene Notiz verfaßt hat, um seine Kinder vor den sittlichen Gefahren zu schützen, dieselben ebenfalls an der Herstellung der Uhren und damit an jener „Spielerei“ theilnehmen. Das Aussehen und Befinden derselben würde ihn jedenfalls bald eines Besseren belehren, und zwischen armen und reichen Kindern giebt es da keinen Unterschied.

Als einen Beitrag zur Pflicht des Arbeitgebers, den bei ihm beschäftigten Arbeitern fristgerecht in ausreichender Zahl die fälligen Marken in deren Quittungskarte einzutreiben, sei nachstehender Fall mitgeteilt, bei welchem der Arbeitgeber es unterlassen, dieser gesetzlichen Bestimmung zu genügen. Bei einem dieser Arbeiter war die Invalidität eingetreten und der Antrag auf Gewährung einer Invalidenrente gestellt, als ermittelt wurde, daß nicht genügend Beitragsmarken geklebt waren, so daß der Arbeitgeber zu deren nachträglichen Bei-

bringung angehalten wurde, der er auch Folge gab. Allein trotz alledem wurde dem Anspruch auf Invalidenrente nicht stattgegeben, weil das Invaliden-Versicherungsgesetz nicht gestattet, nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit nachträglich Beiträge zu entrichten und deshalb die vorgeschriebene Wartezeit nicht erfüllt sei. Der insolge dessen um seine Rente gekommene versicherungspflichtige Arbeiter nahm den säumigen Arbeitgeber vor den ordentlichen Gerichten in Anspruch, indem er von ihm die Zahlung und Sicherstellung der Jahresrente in Höhe von 224 Mk. forderte.

Diesem Klageantrage wurde vom Gericht stattgegeben mit der Begründung, daß der § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs denjenigen zum Ersatz des bestehenden Schadens verpflichtet, welcher vorsätzlich oder fahrlässig das Eigenthum eines Anderen widerrechtlich verlegt, bezw. wer gegen ein den Schutz eines Anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Die öffentlich rechtliche Arbeiterversicherung bezweckt jedoch den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren gegen Noth, Entbehrungen und Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege, und das Invaliden-Versicherungsgesetz verpflichtet ausdrücklich den Arbeitgeber zum rechtzeitigen Einkleben der Versicherungsmarken in ausreichender Höhe und erforderlicher Anzahl. Dies mußte bei einem gewöhnlichen Grade von Aufmerksamkeit dem Arbeitgeber bekannt sein, wenigstens dürfe er sich nicht entschuldigen mit Unkenntniß eines gehörig bekannten, ihm wissenswerthen Gesetzes. Er habe grob fahrlässig gehandelt, indem er der Einklebeflicht nicht nachkam und habe deshalb den darauf ursprünglich zurückzuführenden Schaden zu ersetzen.

Der säumige Arbeitgeber wurde verurtheilt, seinen früheren Arbeitnehmer in Höhe der Rente schadlos zu halten, ihm eine jährliche vorher sicher zu stellende lebenslängliche Rente in Höhe von 224 Mk. zu zahlen.

In der „Deutschen Drechslerztg.“ (Berlin O., Grünstr. 4, pro Vierteljahr Mk. 1,50, bei 14tägigem Erscheinen) veröffentlicht Herr Rud. Stübbling einen zum Kampfe der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen beachtenswerthen Artikel, dem wir Nachstehendes entnehmen:

Die „Tischler-Znning“, die „Freie Vereinigung der Holzindustrie“, der „Zentralverband der Bauischlermeister“, der „Verein selbstständiger Fabrikanten für Laden-Einrichtungen und Comptoir-Möbel zc.“, der „Verein der Fräseireibesitzer und verwandter Gewerbe“, der „Verein der Tischlermeister des Nordens“ und der „Verein der Tischlermeister Ost und Nordost“, sämmtlich zu Berlin, sind Organisationen, die unter dem Titel: „Vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie“, heftige Kämpfe mit ihren Arbeitern führen. Die reine Vereinsmeierei der Ton, in welchen das Organ dieser Verbände den Arbeitern gegenüber verfällt, muß das Kopfschütteln jedem objektiven Beurtheilers der Lage hervorrufen, denn geradezu widerlich geben sich die Macher jenes Verbandsorgans in ihren Ausführungen. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß sie nicht allein auf der Welt sind. Daß die „Vereinigten“ mit ihren Grundanschauungen auf dem „Holzwege“ sind, ist das traurigste Moment, durch welches der Kampf diese widerliche Gestalt angenommen hat, und eine Portion Selbstüberhebung thut das Uebrige.

Gar viele dieser „Vereinigungen“ sind nur die Handlanger einiger „Macher“, und wie fein dieser Unterschied durch eine der verbündeten Vereinigungen in ihrem Titel zum Ausdruck gebracht wird, ist ergötzlich. Heißt der eine der Vereine doch „Verein selbstständiger Fabrikanten usw.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Wir haben demnach selbstständige und unselbstständige Fabrikanten, und ich behaupte, daß die letztere Kategorie die größere ist und daß sie auch jene ist, welche einen verderblichen Einfluß nach jeder Richtung ausübt, denn aus dieser Kategorie gehen die willenlosen Werkzeuge hervor, die von einigen „Selbstständigen Fabrikanten und Händlern“ als Kampfesmasse vorgeschoben werden, um für diese die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

Ich habe keinen Anlaß, zu untersuchen, wie weit die Partei der Arbeitgeber oder jene der Arbeitnehmer in den jeweiligen Spezialkämpfen das Recht auf ihrer Seite hat, sondern ich will nur klarlegen, daß die Wurzel alles Uebels die total verkehrte Grundanschauung ist, welche bei den Arbeitgebern leider nur zu allgemein ist.

Der kleinste „Meister“, der nach seiner Meinung selbstständig ist, er dünkt sich ein anderer Mensch als der Arbeiter, und dieser wahnwitzige Dünkel zeigt dann Konsequenzen, die für die Industrie bedauerlich sind. So lange es die Grundanschauung der „Meister“ und „Fabrikanten“, seien es nun selbstständige oder unselbstständige, die ist, daß sie „Brodgeber“ der Arbeiter seien, so lange wird es unerquidliche Kämpfe geben. Ich will damit nicht behaupten, daß alle Kämpfe zwischen diesen beiden Faktoren aufhören würden, sobald diese verkehrte menschenunwürdige Anschauung fällt, aber verringert werden sie dadurch zweifellos, und auf eine anständigere Basis kommen sie dann auch.

Alle Werthe werden durch die Arbeit geschaffen und Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zwei ganz gleichberechtigte Faktoren, die in genau demselben Verhältniß zu einander stehen, wie Käufer und Verkäufer oder Kaufmann und Kunde.

„Brodgeber“! — Ein Wort aus Ur-Großmütterchens Handkorb, ein Wort, welches den Arbeiter verletzen muß, je mehr sich der Arbeitgeber als „Brodgeber“ aufspielt.

Der Mann der Arbeit ist sein eigener Brodgeber.

Mögen unsere Fabrikanten und „Meister“ hingehen nach dem Lande des Dollars und dort lernen.

Der verderbliche Kastengeist kann dort nicht so üppig in das Kraut schießen wie bei uns. Dort unterscheidet man nur Arbeiter und Faulenzler. Jeder der arbeitet, sei es nun mit der Feder, dem Gelbe oder mit der schwierigen Hand, er ist eben Arbeiter im Gegensatz zu jenen Tagelöhnen und Nichtsnutzern, den Drohnen der menschlichen Gesellschaft, die schlemmen und prassen auf Kosten der Arbeit.

Stolz muß Jeder sein, sich zu den Arbeitern rechnen zu können und nicht zu den Faulenzern, denn die Arbeit ehrt, welcher Art sie auch sei, und hier scheitern unsere „Fabrikanten“ und „Meister“ in Massen. Der Arbeiter stellt in ihrem Wahn einen Menschen zweiter Klasse dar, der mit Verehrung zu der geheiligten Person des „Brodgebers“ emporblicken soll. Ein Gnadenthum widerlichster Art wird hier oft konstruiert, und eine Schmach wäre es für den Arbeiter, diesem nicht mit Energie entgegenzutreten.

In keiner Branche und nirgends hat der Kampf etwas so Gehässiges an sich, als in der Holzbranche.

Was ist die zweite Ursache neben der vorgenannten hierfür?

Nun, offen sei es gesagt. Es sind in Berlin drei Viertel der sogenannten Meister und Fabrikanten unfähig, ihre Betriebe den Fortschritten der Neuzeit entsprechend zu gestalten. Fern davon, rationelle Arbeitsmethoden einzuführen, arbeiten sie mit den primitivsten Mitteln ohne Kapital, und dann wollen sie sich konkurrenzfähig erhalten durch Lohndrückerei schlimmster Art. Zu stupid und energielos, die fortschreitende Entwicklung zu begreifen, lassen sich solch' thörichte Elemente auf falsche Wege führen.

Nicht durch Lohndruck, sondern durch Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel ist die Konkurrenzfähigkeit zu erstreben.

Um dieses zu erreichen, muß man aber Fachzeitschriften lesen, d. h. Blätter technischer Natur, nicht Kampfesblätter niedrigster Art, die sich „Fachzeitung“ nennen.

Je mehr die Arbeitslöhne gedrückt werden, um so geringer wird der Konsum, und da wir schon längst Unterkonsum haben, was vielfach mit Ueberproduktion verwechselt wird, so sollte man sich wohlweislich hüten, diesen Unterkonsum noch durch Verringern des Konsums zu steigern.

In Berlin dreht sich zwar der Streit zunächst um den Arbeitsnachweis. Dieses ist aber Blindeluh spielen. Dieser Arbeitsnachweis ist für den famosen Verband, in dem sich das Streiberthum im grellsten Licht zeigt, das Mittel, die Löhne später zu diffiren.

Die Arbeitskraft ist dem Arbeiter sein Kapital, und es ist sein gutes Recht, dieses möglichst nutzbringend zu verwerthen. Jede Bestrebung, dieses zu verhindern, ist verwerflich, die Herrenrechtsanmaßung eine frivole, lächerliche und traurige.

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und würd' er in Ketten geboren“, sagt Schiller in seinem Gedicht, „Drei Worte des Glaubens“, und fürwahr dieser große Geist er hat Recht, unsere deutschen Arbeitgeber aber scheinen diese Wahrheit vielfach nicht zu empfinden zu ihrem und Anderer Schaden.“ —

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Sehr erregte Verhandlungen gab es in einer außerordentlichen Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs. Die Versammlung war, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, einberufen worden, um dem Vorsitzenden der Kasse, dem früheren Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten Sabor, Gelegenheit zu geben, sich gegen verschiedene Vorwürfe zu vertheidigen, die gegen seine Geschäftsführung erhoben worden waren. Besonders handelte es sich um die statutenwidrige Entlassung von vier Beamten. Zu seiner Rechtfertigung erklärte Sabor, daß diese vier Leute, deren Kassenthätigkeit im Krankenkontrolliren, Medizinaustragen und ganz leichten mechanischen Schreibarbeiten bestand, es unternommen hätten, dem „Gleichheitsprinzip“ Geltung zu verschaffen und das System, durch welches die Kasse so ungeahnten Aufschwung genommen, zu brechen. Sie hätten u. A. völlige Gleichstellung sämtlicher Kassenbeamten bezüglich der Gehaltsbedingungen, der Urlaubsertheilung, ferner die Errichtung eines von ihnen geleiteten Arbeiterausschusses, dessen Votum sich Kassenvorstand und Vorgesetzte zu fügen hätten, beabsichtigt. Bemerkenswert war, was Herr Sabor über die Beziehungen dieser Beamten zu dem Drogeriebesitzer, Oskar Staller, Bertrauensmann der Kasse und Mitglied der Zentralkommission, mittheilte. Sabor behauptete, Staller habe in wucherischer Weise sich mit den Geldern der Kasse bereichert, indem er einen Vertrag mit dem Hof-Apotheker L. in Potsdam abgeschlossen habe, wonach er 50 Prozent des Verdienstes des L. erhalte. Dieser Verdienst, den Herr Staller für Nichtsthum einstreiche, hätte sich in einem halben Jahre auf 4000 Mk. belaufen und würde sich im Jahre auf etwa 9000 Mk. stellen. Herr Staller stellte den Vertrag mit dem Hof-Apotheker als reines Geschäft dar; er hätte gewisse Leistungen übernommen und dafür verdiene er auch seine Gebühren, für die verschiedenen Invektiven, die Herr Sabor gegen ihn geschleudert, „hätte er diesen am liebsten gehorft, er werde ihn aber dieserhalb gerichtlich belangen.“ Zu irgend einem Ergebnis kam es in der Versammlung nicht.

Eine sozialdemokratische Pleite. Der sozialdemokratische Konsumverein in Sandersdorf bei Halle (Saale) ist mit einer Schuldenlast von 8300 Mk. zusammengebrochen. Die Aktiven

beziffern sich auf nur 2800 Mk. Trotzdem der Verein schon seit Jahren mit einer Unterbilanz arbeitete, hielten ihn die „Genossen“ nach durch Fälschung der Jahresbilanz und vertheilten auch ruhig 6 Prozent „Dividende“. In Folge dessen erhielten die Vorstandsmitglieder Geldstrafen von 5 bis 60 Mk. wegen unordentlicher Führung der Handelsbücher. Das Urtheil fiel so milde aus, weil das Gericht den „Genossen“ ihre Geschäftsunkenntnis zu Gute hielt.

Ein Frauen-Gewerkverein S.-D. ist nun auch in Breslau begründet worden, nachdem in Posen bereits zwei Frauen-Gewerkvereine in's Leben gerufen worden sind. Das Referat hatte der Chefredakteur Dr. Dehke von der „Breslauer Zeitung“ übernommen. Derselbe führte etwa aus: Die Frauen-Gewerkvereinsbewegung bedeute für Breslau leider etwas Neues. Die Frauenbewegung in Deutschland sei überhaupt spät in die Erscheinung getreten. Es sei noch gar nicht solange her, daß man endlich daran gedacht habe, auch die Frauen gleich den Männern in eine bestimmte Organisation zusammenzufassen. Deutschland ist in diesem Punkt im Rückstand gegen andere Länder, namentlich England, wo man die Frauen schon lange in Gewerkvereinen organisiert hat. 1900 gab es in England 139 Gewerkvereine, in denen 123 000 Frauen organisiert waren, in Frankreich waren in demselben Jahre 26 000 Frauen organisiert. 1901 waren in Deutschland 23 000 Frauen organisiert. Referent hofft, daß in Breslau gedeihliche Verhältnisse entstehen werden. Die Deutschen Gewerkvereine hätten 1895 auf ihrem Verbandstag die Gründung von Frauen-Gewerkvereinen beschlossen, und in ihnen seien bisher nur etwa 3500 Frauen organisiert. In Breslau biete sich ein großes Feld für Frauen-Organisation. In den Breslauer sozialdemokratischen Gewerkschaften befänden sich nach dem Bericht von 1901 nur 191 weibliche Mitglieder, sodas also auch dort von einer Organisation wohl nicht die Rede sein könne. In Betracht kämen von den einzelnen Branchen, bei denen die Agitation einzusetzen hätte, die Handlungsgehilfinnen, Näherinnen, Putzmacherinnen (98 pCt. aller in dieser Branche beschäftigten Personen), Lederarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen (54 pCt.), ferner sind zahlreiche Frauen und Mädchen thätig in der Textilbranche, Blumenbranche (87 pCt.), dem graphischen Gewerbe, namentlich der Papierfabrikation (34 pCt.), der Handschuh- und Kravattenfabrikation. Er empfehle für die Organisation die Deutschen Gewerkvereine S.-D., im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Deutschen Gewerkvereine gewähren Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen, für Reise und Umzug, Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit und Rechtsschutz und wendeten erhebliche Mittel für Bildungszwecke z. auf. Die Deutschen Gewerkvereine hätten in 34 Jahren ihres Bestehens 18 Millionen Mark ausgegeben und überaus segensreich gewirkt. Hinter sich hätten sie ein Vermögen von 3 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl betrug 1901 rund 96 000. Es seien im Jahre 1901 für Rechtsschutz 9000 Mk., für Nothstands- und Arbeitslosen-Unterstützung 186 000 Mk., an Reise- und Umzugsgeld 58 000 Mk., für Bildungszwecke 138 000 Mk. verausgabt. Die Gesamteinnahmen hätten Dreiviertel Millionen Mark betragen. Die S.-D. Gewerkvereine seien also die empfehlenswerthe Organisation. Die Frauen sollten auch als geschlossene Macht den Arbeitgebern gegenüber treten, um so manche Uebelstände auch hier zu beseitigen. Referent fordert zu zahlreichem Beitritt in die neue Organisation auf. Zunächst soll ein allgemeiner Gewerkverein für die Frauen gegründet werden, später sollen dann Ortsvereine für die einzelnen Gewerbe entstehen. — In der Diskussion wurde von verschiedenen Mitgliedern unserer Gewerkvereine die von sozialdemokratischer Seite erhobenen Angriffe zurückgewiesen. Hierauf erfolgte die Gründung des neuen Frauen-Gewerkvereines. In den Vorstand wurden gewählt: Frau Kosta, Vorsitzende, Fräulein Greiber, Schriftführerin, Frau Paul, Kassirerin. — Wir wünschen dem neuen Verein ein kräftiges Blühen und Gedeihen.

Einen Anspruch auf Unfallrente begründete der Holzarbeiter S. damit, daß er sich beim Heben von Hölzern einen Leistenbruch zugezogen habe. Die Berufsgenossenschaft wies S. ab und das Schiedsgericht verwarf seine Berufung mit der Begründung, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege. Der Bruch sei nicht infolge der Arbeit entstanden, sondern nur gelegentlich derselben ausgegetreten. S. legte Rekurs ein und machte geltend, daß der Bruch doch bei der Arbeit entstanden sei. Er habe vorher keinen derartigen Schaden gehabt und beim Heben der 50 Pfund schweren Hölzer etwas wie einen Stoß in der Leistenengegend verspürt. Zwei Tage später habe er den Arzt in Anspruch nehmen müssen. — Das Reichs-Berufungsamt wies den Rekurs ab und führte begründend aus: Von einem Unfall im Sinne des Gesetzes, das heißt von einer plötzlichen Einwirkung, könne hier nicht die Rede sein. Nach aller wissenschaftlichen Erfahrung sei bei einem Leistenbruch, der soeben entstanden sei, der Schmerz so groß, daß an ein Weiterarbeiten nicht zu denken wäre. Kläger habe nun aber noch zwei Tage gearbeitet und selber nur vom Verspüren eines „Stoßes“ gesprochen. Da könne der Schmerz kein so großer gewesen sein. Es wäre anzunehmen, daß der Bruch allmählich und langsam entstanden und nur zufällig bei der Arbeit ausgegetreten sei. Hierfür hafte die Berufsgenossenschaft nicht.

Saben die Gewerksvereine das Recht, weibliche Mitglieder aufzunehmen? Auf Beantwortung dieser Frage scheint auch der Herr Amtsvorsteher von Briß bei Berlin neugierig gewesen zu sein, denn um darüber Auskunft zu erhalten, erstattete er Anzeige beim dortigen Amtsgericht. Leider ist bis jetzt noch nichts entschieden, wie uns folgender, soeben zugegangener Bericht über die am 26. September stattgehabte Schöffengerichtssitzung beweist:

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz haben sich die Arbeiter Wilhelm Siebert, Karl Kleinert, Wilhelm Schmuße und der Lithograph Karl Sahn zu verantworten. Die drei zuerst aufgeführten Angeklagten sind Vorstandsmitglieder des Brißer Gewerksvereins (Hirsch-Dunker), während p. Sahn als Vertreter des Gesamtvereins in Frage kommt. Die Anklageschrift nimmt an, daß es sich im vorliegenden Falle um einen politischen Verein handelt, dem es verboten ist, weibliche Mitglieder in seine Mitte aufzunehmen. Die Angeklagten bestreiten, daß die Vereinigung, welcher sie angehören, direkten politischen Tendenzen huldbige. Die Sache wird vertagt; es sollen noch weitere Ermittlungen angestellt werden.

Die erste Million Renteneinpänger. Wie aus dem neuesten Ausweise des Reichs-Versicherungsamtes über die Entwicklung der auf Grund des Invaliden-Versicherungsgesetzes gezahlten Renten hervorgeht, liefen von diesen Renten am 1. Juli d. J. nicht weniger als 718 370. Davon waren 534 000 Invalidenrenten. Diese Rentenart erfährt noch immer ganz beträchtliche Steigerungen. Im letzten Vierteljahr betrug ihre Zunahme rund 25 000. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Zunahme auch der vom Reiche zu leistende Zuschuß eine entsprechende Erhöhung im Etat erfahren muß. Die Altersrenten, von denen am 1. Juli d. J. rund 174 000 liefen, nehmen an Zahl noch immer etwas ab, jedoch läßt der jetzige Umfang der Abnahme darauf schließen, daß das Beharrungsstadium nicht mehr lange auf sich wird warten lassen. Jedenfalls ist nicht daran zu denken, daß die Abnahme in der Altersrentenzahl auch nur einen in Betracht kommenden Theil der Zunahme bei den Invaliditätsrenten ausgleichen wird. Die neueste Rentenart, die seit dem 1. Januar 1900 bewilligt wird, ist die der Krankenrenten. Von ihnen liefen am 1. Juli d. J. rund 10 400. Sie steigen an Zahl recht langsam, weil der Wegfall infolge Tod oder Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit verhältnismäßig bei dieser Rentenart bedeutend ist. Jedenfalls nimmt die Gesamtzahl der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes laufenden Renten stetig und beträchtlich zu. Im letzten Vierteljahre hat die Steigerung 23 000 betragen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich in dieser Entwicklung bald eine starke Wenderung vollziehen wird. Demgemäß ist vorauszu sehen, daß innerhalb etwa dreier Jahre die Zahl der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes laufenden Renten die erste Million überstiegen haben wird.

Lehrlingszüchterei im Großen wird im Bezirk der Handwerkskammer Magdeburg betrieben. Es entfallen z. B. auf 342 Schmiedegesellen 479, auf 120 Schlossergesellen 325, auf 946 Bäcker 911 Lehrlinge. Was die Schlosserei betrifft, so wäre es doch wohl Aufgabe der Regierung, den Meistern ein Halt zu gebieten, da es geradezu gemeingefährlich ist, einer so großen Anzahl von jungen Leuten, die sich später in ihrem Berufe nicht ernähren können, gewisse Künste beizubringen.

Urkundenfälschung in idealer Konkurrenz mit Untreue sowie Unterschlagung wurde dem Dreßlermeister Karl Jonas aus Rixdorf vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II, nach einem Bericht des Rixdorfer Tageblatt, zur Last gelegt. Der Angeklagte war 5 Jahre hindurch Kassirer der örtlichen Verwaltungsstelle der in Hamburg domicilirenden Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer Gewerbe in Rixdorf. Er hatte als solcher die Beiträge der Mitglieder, welche ihm durch die Beitragsammler übermittelt wurden, zu vereinnahmen und die Krankengelder an die Mitglieder der Kasse zu zahlen. Am 17. Juli 1900 wurde ihm die Kasse abgenommen, weil sich bei einer vorausgegangenen Revision verschiedene Unregelmäßigkeiten gezeigt hatten. Jonas soll nämlich in 3 Fällen Quittungen über die an Kranke gezahlten Beiträge sowohl bezüglich der letzteren wie auch bezüglich der Krankentage erhöht und die hierdurch erzielten Beträge für sich behalten haben. Außerdem ergab sich bei einer genauen Revision der vom Angeklagten geführten Bücher ein Defizit von 2041,86 Mk. und auch diese Summe soll Jonas unterschlagen und in seinem Interesse verwendet haben. Der Angeklagte bestritt vor der Strafkammer mit aller Entschiedenheit die ihm zur Last gelegten Straftaten; er behauptete, wenn jene Quittungen thatsächlich von ihm geändert seien, so sei dies geschehen auf Veranlassung der Revisoren, um die Bücher in Uebereinstimmung zu bringen und damit eventuell vorgekommene Irrthümer auszugleichen. Einen Betrag von 2100 Mk. habe er niemals in der Kasse gehabt, der Höchstbetrag sei 800 Mk. gewesen, er könne daher auch die Summe von 2100 Mk. nicht unterschlagen haben. Die als Sachverständige vernommenen Bücherrevisoren Dört und Reuter bekundeten übereinstimmend, daß die Angaben des Angeklagten glaublich erscheinen. Thatsächlich habe er nur soviel in seinen Büchern als verausgabt gebucht, als die betreffenden Mitglieder an Krankengelder erhalten hätten. Im übrigen hätte eine Kontrolle der als Quittung für die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge verwendeten Marken nicht stattgefunden, auch hätten ihnen die Hebe- und Beitragslisten nicht

vorgelegen, sodas sich garnicht feststellen lasse, ob und welcher Fehlbetrag vorhanden gewesen sei. Es seien sowohl Einnahme- wie auch Ausgabebeträge theilweise nicht gebucht worden und überhaupt sei die Buchführung und auch die Revision eine so mangelhafte gewesen, daß aus derselben sich mit Sicherheit garnichts habe feststellen lassen. — Der Gerichtshof erachtete nach dem Ergebnis der sehr umfangreichen Beweisaufnahme den Angeklagten der ihm zur Last gelegten Straftaten zwar dringend verdächtig, hielt es aber nicht für ausgeschlossen, daß Mangel an Zeit und Unkenntnis in der Buch- und Kassenführung den Anlaß zu den unter Anklage gestellten Unregelmäßigkeiten gegeben habe. Das Urtheil lautete demgemäß mangels ausreichenden Beweises auf Freisprechung.

Der Wald

ist nach den Naturgesetzen zu einem Feuchtigkeits-Regulator bestimmt, aber die Gahgier und Unvernunft der Menschen hat in vielen Gegenden der Erde die natürliche Regelung des Haushaltes zerstört. Die Feuchtigkeitsverhältnisse einer Gegend werden fast ausschließlich von den Wäldern beeinflusst. Der Wald mit seiner Moosvegetation nimmt wie ein Schwamm die Niederschläge auf und giebt sie allmählig wieder ab, dort aber, wo die Höhen entwaldet sind, rast bei der Schneeschmelze und nach großen Regengüssen das Wasser zu Thal, der regulirende Einfluß des Waldes fehlt, in die großen Flüsse werden unaufhörlich große Sandmassen gewälzt.

In der Versandung vieler Flüsse zeigt sich die Folge unvernünftiger Entwaldung, aber auch in dem Klima mancher Länder, über die jetzt kalte Winde dahinbrausen und schroffe Witterungswechsel die Bewohner heimsuchen; die Sonne hat sich fast garnicht geändert, aber der Schutz des Geländes und dessen Wasser-Versorgung.

Wir wissen, daß Sizilien einst die Kornkammer Roms war, heute ist das entwaldete Land unfruchtbar und verarmt; in der heißen Sahara, ebenso wie in dem Malariagelände der pontinischen Sümpfe haben einst, als die Wälder noch auf den Gebirgen „lebten“, üppige Gärten geprangt, die Steppen Südrusslands sind entstanden, nachdem die durchziehenden Völkermassen die Buchenwälder vernichtet hatten!

Ueber den Unsegen der Entwaldungen für die klimatischen und landeskulturellen Verhältnisse S u e d e n s berichtet jetzt der deutsche landwirthschaftliche Sachverständige an das Auswärtige Amt an dem Beispiel des Gouvernements K u r s t. Hier verringerte sich von 1881 bis 1887 der Waldbestand von rund 405 000 ha auf rund 367 000 ha; die Wirkungen dieser Entwaldungen zeigen sich jetzt in der zunehmenden Dürre. Viele Bäche haben früher viel mehr Wasser gehabt als jetzt, und es steht fest, daß zahlreiche Bäche, die jetzt im Sommer äußerst seicht sind oder völlig austrocknen, früher Mühlen getrieben haben. Nachgewiesenermaßen ist auch der Grundwasserstand in Niederungen solcher Bäche gesunken. So wurde dem Sachverständigen im Kreise S u b s h a im Kirchspiel Borschtischen von älteren durchaus glaubwürdigen Bauern versichert, daß damals das Dorf am Bache entlang etwa 60 Brunnen besaßen habe, wo man mit ausgestrecktem Arme habe schöpfen können. Heute hat das Dorf nur fünf Brunnen, und das Wasser befindet sich in ihnen 2 bis 4 Meter unter der Erdoberfläche. Diese Senkung des Grundwasserstandes dürfte nicht allein daher rühren, daß der Wasserabfluß infolge der Entwaldung jetzt schneller, in zeitlich weniger ausgeglichener Maß erfolgt, sondern deutet wohl auch auf eine Abnahme der atmosphärischen Niederschläge hin. Ein andres Zeichen für die zunehmende Dürre wird darin erblickt, daß die an den alten Handelsstraßen neugepflanzten Weidenbäumchen trotz aller Bemühungen jetzt schwer angehen, wogegen es in früherer Zeit gelungen war, die Straße mit ununterbrochenen Baumreihen zu versehen.

Es unterliegt keinen Zweifel, daß die häufigen Missernten in verschiedenen Gegenden Rußlands größtentheils eine Folge der Entwaldung sind. Von Staubbildung ist in solchen Gegenden fast garnichts zu bemerken, viele Staubsäulen bis zur vielfachen Höhe eines Fabrik-Schornsteins steigen auf. In niedrigerer, dafür aber um so mächtigerer Form treten sie oft als wirbelnde Staubböden auf. Allmählig füllt sich dann die Atmosphäre mit Staubbunst an und in immer trüberem Roth sieht man von Abend zu Abend die Sonne untergehen, — bald wie in der Sahara.

In unseren Ostprovinzen spürt die Landwirtschaft schon seit Jahren die bösen Folgen der übermäßigen Entwaldungen Rußlands und auch Preußens, wo der Waldbestand in verschiedenen Gegenden in einer Weise ausgebeutet wird, die manche Parzellirungsgesellschaften und einzelne Waldbesitzer und Holzhändler zu Millionären macht, aber einen Frevel an der Zukunft der Landeskultur bedeutet. Es wird nothwendig sein, der übermäßigen Abholzung auf gesetzlichem Wege entgegenzutreten und für eine weit größere Aufforstung zu sorgen als es jetzt geschieht. Wenn der Staat Millionen an Rothstandsgeldern zur Vinderung der Witterungsschäden aufbringen kann, wird er auch Millionen für Anforstungen, die sich bereinst gut verzinsen, aufbringen können.

Bedenken wir, daß zur Zeit der Blüthe des deutschen Ritterordens, als große Wälder die Ostmark vor kalten, widrigen Winden schützten, in den Weinbergen und Gärten von Thorn, Riesenburg, Marienburg ein früher, schöner Wein wuchs, der selbst die Gaumen der Rheinländer und Süddeutschen entzückte und sehen wir uns jetzt im Herbst die blakgrünen Sandweinträuben nur an, die zu Markte kommen und sich durch Säure „auszeichnen“.

Die Waldbrauwirtschaft der Ahnen rächt sich an den Nachkommen in mannigfacher Weise, darum sollten die Mahnungen aller verständigen Volkswirthe, welche auf stärkere Anforstung der Oedländerien bringen, thatkräftig befolgt werden. Aus einer Aeußerung, welche der jetzige Landwirtschaftsminister in einer Sitzung des preussischen Herrenhauses that, scheint hervorzugehen, daß man im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sich der Gefahren der Entwaldung bewußt ist, aber zu einer Anforstung im großen Stile scheint man sich immer nicht entschließen zu können.

Nach der letzten vom statistischen Amt zusammengestellten Uebersicht über die Aubafläche im deutschen Reiche waren im Jahre 1900 nicht weniger als 2102522, also weit über zwei Millionen Hektar (ungefähr acht Millionen Morgen) Oed- und Umland, und diese riesige Fläche hatte seit der letzten Erhebung (1893) um 41965 Hektar zugenommen. Das ist ein ungesunder Zustand!

Aus den Ortsvereinen.

Stolz. Zum hiesigen Tischlerstreit ist im Großen und Ganzen nichts Neues zu berichten. Es befinden sich noch im Ausstand von unserem Gewerkeverein 57, vom Holzarbeiterverband 58 Kollegen. Die ganze Sachlage hat sich ziemlich zugespitzt. Mit der Firma Kaulbach und Friedrich hatten wir Verhandlungen angeknüpft; Herr Friedrich machte auch Zugeständnisse, zog diese aber am anderen Tage zurück, nachdem er Verhandlungen mit den anderen Fabrikanten, namentlich mit Ed. Becker, gepflogen hatte. Herr Friedrich erklärte auch frei heraus, daß sie der Firma Carl Becker nur erlaubt haben zu bewilligen, weil dieselbe mit Arbeit überhäuft war, später würden alle Zugeständnisse zurückgezogen. Man sieht, daß wir es diesmal mit Hartköpfen zu thun haben. Die Arbeitgeber lassen auch durchblicken, daß zum 1. Oktober, weil die Miete fällig, viele Arbeiter ihre Beschäftigung wieder aufnehmen werden; es haben sich aber bis jetzt nur Auswüchse von Kollegen als Arbeitswillige gefunden, ca. 9 Mann, die kein Mensch sonst in Arbeit nimmt. Von der Sorte können noch mehr kommen, davon ist nichts zu fürchten. Immerhin ist der Zuzug noch streng fernzuhalten, da wir bestimmt glauben, daß nächste Woche Verhandlungen angeknüpft werden, wenn die Arbeitgeber sehen, daß diese Woche keiner zur Arbeit kommt. Die Haltung der Ausständigen ist nach wie vor eine gute. Gegenüber den Holzarbeiterverbändlern stehen wir Gewerkevereiner bedeutend im Vortheil; bei jenen herrscht große Unzufriedenheit, denn es wird ein strenges Regiment geführt. Nicht genug, daß die Verbandsmitglieder sich zweimal täglich melden, das dritte Mal aber zur Hauptversammlung kommen müssen, werden dieselben für das Unterlassen jeder Meldung mit 1 Mk. bestraft, so daß jedes Mitglied für den Tag, an welchem es sich garnicht meldet, 2 Mk. verliert. Entschuldigungen giebt es nicht. Wer beim Streikposten stehen nicht am Blake ist, dem wird auch 1 Mk. von seiner Unterstützung abgezogen. Am vorletzten Sonnabend mußten die Verbandsmitglieder zweimal zur Kontrolle und des Abends zur Versammlung kommen, wo erst nach 10 Uhr Abends Unterstützung ausgezahlt wurde. Wir lassen diese Kollegen ruhig gewähren und wünschten nur, daß der erhöhte Beitrag jetzt in Kraft träte. Die strengen Bestimmungen sind geradezu lächerlich; man muß sich doch den örtlichen Verhältnissen anpassen. In Berlin ist wohl eine strenge Kontrolle und das Streikposten stehen nöthig, aber hier übersieht doch jeder Einzelne die Sachlage. Uns kann es ja gleich bleiben, daß den

Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes von ihrer Leitung allerhand Unannehmlichkeiten gemacht werden, schließlich haben wir nur Vortheil davon. Die „Großmäuler“ vom Holzarbeiterverbande hört man jetzt garnicht mehr, die sind sehr klein geworden, anscheinend bekommt ihnen die Kraftprobe mit uns schlecht; für die ersten zehn Jahre ist ihnen der Mund gestopft. Wenn in der nächsten Woche keine Verhandlungen angeknüpft werden sollten, dann werden wir versuchen, das Gewerbegericht anzurufen. Ob wir dadurch etwas erreichen, steht noch dahin, denn die Arbeitgeber haben vor dem Gewerbegericht mächtigen Respekt und dürfen sich kaum dem Schiedspruch fügen. Aber man kann es ja versuchen. Hoffen wir das Beste. X.

Jena. In einer am Montag, den 29. September, vom Holzarbeiterverbande hierorts einberufenen Versammlung, in welcher ebenfalls über die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in der F. Glaser'schen Pianofabrik verhandelt wurde, waren auch mehrere Mitglieder unseres Vereins anwesend. Der Referent des Abends, Herr R. Schulz, ehemaliger Kollege, jetzt Wirth der „Solidarität“, schilderte in dreiviertelstündiger Rede die aufbesserungsbedürftige Lage der hiesigen Tischlergesellen im Allgemeinen und die der Glaser'schen Fabrik im Besonderen. Hierbei konnte er jedoch nicht unterlassen, denjenigen Gewerkevereinen, welche früher in der Fabrik arbeiteten, vorzuwerfen, „sie hätten die Verbändler durch ihr unkollegiales Verhalten hinausgegrault.“ Da nun jedoch zufällig mehrere von diesen „bösen“ Kollegen anwesend waren, so konnten sie auch sofort die unwahren und durch nichts bewiesenen Behauptungen des Referenten widerlegen, was in ruhiger, sachlicher Weise geschah; Herr Schulz blieb jedoch trotzdem bei seinen „Thatsachen“, ohne auch nur den geringsten Beweis anführen zu können. Diesen Zwischenfall ausgenommen, verlief jedoch die Versammlung recht sachlich, und dies war auch zweckentsprechend und vernünftig, denn wenn sich die Arbeiter in ihren Versammlungen gegenseitig bekämpfen, so freut sich der Dritte darüber. Nachdem nun ebenfalls wie in unserer Versammlung die traurigen Arbeitsverhältnisse durch verschiedene Redner beleuchtet worden, wurde der von mehreren Seiten gemachte Vorschlag, nochmals eine Kommission zu Herrn Glaser zu entsenden, um ihn zu bewegen, diesen Arbeitsvertrag zurückzuziehen und diversen Mißständen abzuweichen, einstimmig zum Beschluß erhoben. In diese Kommission wurden auf Vorschlag zwei Gewerkevereins- und zwei Verbandsmitglieder gewählt. Herr Schulz, welcher mit in die Kommission gewählt wurde und in der Nachbarschaft des Herrn Glaser wohnt, übernahm bereitwillig, mit denselben zuvor Rücksprache zu nehmen, wann und ob er die Kommission anhören wolle; im letzteren Falle würden die übrigen Kommissionsmitglieder benachrichtigt werden. Leider haben wir bis heute noch keinen Bescheid erhalten und nehmen deshalb an, daß Herr Glaser die Kommission nicht hören will. Auch in unserer Versammlung wurde vom Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, eine Deputation zu wählen; nachdem jedoch die in früheren Jahren in der Glaser'schen Fabrik beschäftigten Kollegen die Zwecklosigkeit dieses Vorhabens nachwiesen, nahmen wir davon Abstand. Trotzdem haben unsere in der Verbandsversammlung anwesenden Mitglieder dem Vorschlage zugestimmt, um zu zeigen, daß der gute Wille zu einem gemeinsamen Vorgehen auch bei uns vorhanden. Alle Kollegen seien jedoch gewarnt, den von Herrn Glaser ausgehenden, in vielen Zeitungen erscheinenden Annoncen Folge zu leisten, da wir sowie der Holzarbeiterverband die Sperrre über diese Fabrik verhängt haben, bis dort bessere Verhältnisse eintreten. —

Seuilleton.

Verheirathet muß er sein!

Novelle von Konrad Frühwald.

(Nachdruck verboten.)

(3. Fortsetzung.)

„Ein bedauernswerthes Leben für ein junges Weib!“ warf George ein.

„Ein bedauernswerthes jawohl, aber auch ein aufreibendes Leben,“ fuhr Vorkhahn fort und füllte neuerdings die Gläser. „Da wurde Freiherr Raymond — er war mittlerweile drei Jahre alt geworden — schwer krank und der alte Doktor Kühler kam täglich zweimal von Rempten heraus in's Schloß. Wochenlang schwebte das arme Kind zwischen Leben und Tod, eine mächtige Geschwulst hatte sich an seinem Nacken gebildet. Der Arzt behauptete, daß der Knabe gerettet werden könnte, wenn diese Geschwulst entfernt würde, erklärte aber gleichzeitig, daß er es nicht wagen wolle, die Operation vorzunehmen. Seine Hand sei alt und unsicher geworden, meinte er, und ein Fehlschnitt würde des Kindes Tod verursachen. Gleichzeitig aber schlug er einen jungen Arzt vor, der sich zufällig auf einer Ferienreise seit einigen Tagen in Rempten aufhielt und bezeichnete ihn als den Mann, der die Operation mit voller Aussicht auf glücklichen Erfolg vornehmen könnte. Natürlich wurde sein Vorschlag von den Eltern angenommen und schon am nächsten Tage kam Doktor Roberti, so hieß der Em-

pfohlene des alten Arztes, auf's Schloß und führte die Operation vorzüglich aus. Der kleine Raymond war gerettet, sein Zustand besserte sich rasch und Doktor Roberti's Besuche waren überflüssig geworden. Er aber blieb noch wochenlang in Rempten und kam täglich auf's Schloß, wo er lange Stunden zubrachte, weil ihn der Knabe ungeweinlich lieb gewonnen hatte. Er blieb auch wohl gar zu gerne, denn er liebte die Freifrau und sie hat ihn wieder geliebt. Endlich aber mußte er ziehen, seine Pflicht rief ihn nach München zurück, wo er Dozent an der Universität war. Am andern Morgen sollte er abreisen. Freiherr Raymond durfte man nicht sagen, daß sein Freund ihn verlassen werde; der Knabe hing an dem jungen Mann mit leidenschaftlicher Zuneigung. Der alte Reichsfreiherr hatte sich von Doktor Roberti kurz nach dem Mittagessen verabschiedet und war hinüber nach Schloß Weichenbach gefahren, wo der dortige Graf ein Festschloß veranstaltete.

Die Baronin aber gab gen Sonnenuntergang dem Scheidenden das Geleite durch den Schloßpark. Was auf jenem kurzen Wege zwischen den beiden vorgegangen, hat kein Mensch erfahren. Der Doktor fuhr am nächsten Morgen ab; man hat nie wieder etwas von ihm gehört. Es hieß, er sei nach Amerika ausgewandert. Die Freifrau aber war von da ab ganz ungewandelt. Sie ritt halbe Tage lang allein durch den Wald, mied alle Gesellschaft und nahm ein Wesen an, so verschlossen und hochmüthig, daß ihr bald Alle nur noch mit Scheu und Widerwillen begegneten.

Drei oder vier Jahre mögen so vergangen sein; Reichsfreiherr Evarist führte sein Leben in gewohnter Weise fort und sah seine Gemahlin kaum öfter als einmal des Tages am Mittagstisch. Bei den Gelagen, die er mit seinen Kameraden feierte, erschien Frein Kamilla nie. Ich hatte seit einigen Jahren die Oberförsterstelle übernommen und bewohnte noch das Forsthaus, als der Freiherr schwer krank wurde. Monate lang lag er im Bette. Seine Frau pflegte ihn, unterstützt von zwei barmherzigen Schwestern, und als er sich endlich wieder erhob, war er ein flecher, beinahe schwachsinniger Mann geworden. Er übertrug mir die gesammte Verwaltung der ausgedehnten Güter, und ein seltsamer Kontrast zu seiner früheren, wüsten Lebensweise trat damit ein; er war der Bigotterie verfallen.

Da kam der Kaplan in's Schloß. Der alte Freiherr lebte nur noch kurze Zeit nach dem Eintreffen desselben. Er starb, weder von seiner Frau noch von seinem Sohne betrauert, die er sich beide längst entfremdet hatte. In seinem Testament aber war verordnet, daß Vater Mag, so hieß der Kaplan, für Lebzeiten auf dem Schlosse verbleiben solle und ihm auch ein ansehnlich Jahresgehalt ausgesetzt. Die Freifrau mußte die letztwillige Anordnung ihres Gatten respektieren, aber geredet hat sie wohl kein Wort mit dem Vater seit dem Tage, acht Jahre sind es her, an dem Reichsfreiherr Evarist in die Gruft seiner Ahnen zur letzten Ruhe gebettet wurde. Merkwürdiger Weise hatte auch der junge Freiherr einen solchen Widerwillen gegen den Schloßgeistlichen gefaßt, daß an dessen Stelle ein anderer Erzieher, ein weltlicher, berufen wurde. Es war ein braver, tüchtiger Mann, der nach dem Abgang des jungen Freiherrn auf die Kadettenschule eine Lehrstelle an einem Gymnasium erhielt. Seitdem sind wieder zwei Jahre verfloßen und die Sachlage ist die gleiche geblieben. Freifrau Kamilla reitet, fährt selbst mit ihren prachtvollen ungarischen Pferden, nur von einem Kutscher und einem Diener begleitet, empfängt aber weder die Besuche ihrer zahlreichen Verwandten, noch macht sie selbst irgend einen Besuch, mit Ausnahme solcher bei armen Leuten, deren guter Engel sie ist, obwohl sie sehr böse werden kann, wenn ihr die reichlich Beschenkten danken wollen. Wiederverheirathungsanträge hat sie genug erhalten, aber nie einen der Bewerber empfangen. Sie ist förmlich Tizian'sche Frauengestalt, ich finde keinen anderen Ausdruck.

„Und sie ist niemals wieder mit Doktor Roberti zusammengetroffen?“ fragte George, welcher der Erzählung seines Freundes mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt war.

„Meines Wissens nicht,“ erwiderte Birkhahn.

„Und der Kaplan lebt noch immer auf dem Schlosse?“ forschte Birkhahn weiter.

„Immer noch. Täglich speist er mit der Frein, aber niemals sprechen beide ein Wort.“

„Und er bleibt trotzdem?“

„Trotzdem!“

„An seiner Stelle wäre ich längst lieber dem Teufel direkt in die Arme gerannt, als das zu ertragen,“ rief George aus.

„Der hält aus,“ gab Birkhahn zur Antwort.

„Ein sonderbares Verhältnis!“ sagte George gedankenvoll, mehr für sich als zu seinem Freund. „Ein Geheimniß liegt in dem Herzen dieses Weibes verborgen, das ist zweifellos. Aber die Konsequenz, mit der sie den Kaplan mißachtet, woher mag die stammen?“

„Das wird ein ungelöstes Räthsel bleiben, so lange Frein Kamilla sich nicht entschließen wird, selbst die Lösung zu verkünden.“

„Seltsam!“ murmelte Lehrbach. „Aber sag' mal, alter Freund, wie kam die Baronin auf die Idee, eine Geschichte des Geschlechts derer von Rotenstein schreiben zu lassen?“

„Weiß Dir nicht zu sagen, wie sie zu dieser Idee kam,“ erwiderte Birkhahn, „weiß nur zu sagen, daß sie es will!“

„Aber noch eins, Freund Birkhahn! Warum die originelle Bedingung der Freifrau „Verheirathet muß er sein!“

„Eine allgemein geltende Norm im Hause der Baronin,“ gab der Forstmann zur Antwort. „Außer ihrer Kammerzofe duldet sie nur verheirathete Dienstleute auf dem Schlosse. Die Wirthschaftsbeamten müssen verheirathet, das Forstpersonal muß beweibt sein. Der letzte Junggeselle im reichsfreiherrlichen Hause derer von Rotenstein bin ich selber, seitdem der Hofmeister des jungen Freiherrn das Schloß verlassen hat. Und wäre ich nicht schon zu Lebzeiten des verstorbenen Freiherrn der mit der Leitung des großartigen Besitzstandes beauftragte wirthschaftliche Vertrauensmann geworden, ich glaube, die Frein hätte mich schon längst nach Ruckuckheim geschickt. So aber bin ich ihr nicht leicht entbehrlich und ich habe meine Thätigkeit hier lieb gewonnen. Deshalb sitze ich nun schon seit bald zwölf Jahren als Oberförster und Fideikommiß-Bevollmächtigter auf Schloß Rotenstein.“

„Und wie stehst Du mit der Baronin?“

„Auf dem besten Fuße!“ rief Birkhahn aus, „das heißt auf dem besten Fuße, auf dem man mit ihr stehen kann. Wir sprechen nur das Nothwendige, ich speise häufig an ihrem Tische, sie konsultirt mich in allen die äußere und innere Schloßverwaltung betreffenden Angelegenheiten und versorgt mich selbst mit den Prachtweinen des Schloßkellers. Im Uebrigen haben wir keinen Verkehr.“

„Und der Kaplan? Was besteht für ein Verhältnis zwischen Dir und ihm?“

„Gar keins, mein lieber Lehrbach. Wir grüßen uns, wechseln bei Tisch einige Worte über das Wetter und dergleichen, und in die Schloßkapelle gehe ich nicht. Ich halt's noch immer so wie früher: wenn ich mit meinem Gott verkehren will, dann gehe ich auf die Berggipfel und beschäftige mich mit dem Gedanken an die Ewigkeit, wenn die Sonne feierlich über's Gebirge heraufsteigt.“

(Fortsetzung folgt.)

Ämtlicher Theil.

171. Bureau Sitzung.

Verhandelt Berlin, den 6. Oktober 1902, Vormittags 10¹/₂ Uhr.

1. Neu-Ulm. Der Bericht des Kollegen J a l l s c h e e r - U l m, über die Ausführung des vom Bureau übernommenen Auftrages, in mehreren Versammlungen des obengenannten Ortsvereins zur Herbeiführung besserer Zustände zugegen zu sein, wird dankend zur Kenntniß genommen. Die Anzeige und Adressenangabe der Neugewählten wird erwartet. Mit den in Aussicht gestellten öfteren Besuchen des Ortsvereins Neu-Ulm erklärt das Bureau sein Einverständnis.

2. Berlin (Erster). Ein Bericht über beigelegte Differenzen bei der Firma Becker, Oranienstr., wird dem Generalrath überwiesen.

3. Der Rechenschaftsbericht des Arbeitsvermittlers vom Arbeitsnachweis zu Berlin, für das III. Quartal, wird dem Generalrath unterbreitet.

4. Die Wahlen eines Revisors in Grünberg und eines Sekretärs in Berlin (Nord) werden im Namen des Generalrath bzw. Vorstandes bestätigt.

5. Graben. Der Kassirer meldet, daß eine behördliche Revision abgehalten wurde, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß gab.

6. Neustadt a. Haardt. Dem Ortsvereinsausschuß wird der beantragte Rechtschutz gegen das frühere Mitglied S a k o b E r n s t, wegen dessen verläumderischen Aeußerungen, bewilligt. Zu dieser Sache wird noch schriftlicher Bescheid zugehen.

7. Berlin (Königst.). Der Antrag des Mitgliedes 615 S c h w a n t e s auf Bewilligung des Rechtschutzes wird vertagt, bis ein Statut des Klägers (Spar- und Vorschußvereins) eingereicht ist.

8. Spandau. Ein Protestschreiben des Mitgliedes 8616 S c h i m k e, gegen die ihm auferlegte Ordnungsstrafe, ist unter Aufrechterhaltung des Beschlusses der 169. Bureau Sitzung, zur Kenntniß genommen.

9. Rixdorf. Mitglied 8531 R i e d e l wurde am 11. 9. 1902, Abends 7 Uhr, vom Krankenkontrolleur nicht zu Hause angetroffen. Derselbe wird daher laut § 12 des Zuschußkassenstatuts im Namen des Vorstandes in eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. genommen.

10. Arbeitslosenunterstützung, pro Arbeitstag 1,25 Mk., ist zu zahlen an: 5778 W a g n e r - A u s b u r g v. 13. 10. (Beitragsabst.

42. W.); — 403 S p e r b e r - B e r l i n (Erster) v. 12. 10. (Beitragsabst. 42. W.); — 1953 S e i n e n u n d 6856 F ü n d e r s - D ü s s e l d o r f v. 6. 10. (Beitragsabst. 41. W.). — Die wegen Aussteuerung aus der Krankenkasse gestellten Anträge, 6606 B e r g n e r - Z e i t II, 769 P o h l e - B e r l i n III (Moabit), — 3899 G. M ü l l e r - L e i p z i g - B i n d e n a u u n d 1492 S c h o l z - C a n n s t a t t, werden abgelehnt, da diese den Bestimmungen des § 4 Abs. II des Unterstützungs-Reglements nicht entsprechen.

11. In Arbeit: 1889 T h i e l e - D r e s d e n am 27. 9. ausgesteuert, — 5735 B e r g n e r - F ü r t h am 27. 9. ausgesteuert, — 1930 W i l j e h r - D ü s s e l d o r f am 27. 9., — 3332 U e b e l a c k e r - K a l f am 19. 9. 1902.

Schluß Nachm. 12¹/₂ Uhr.

Das Bureau.

A. Bahlke,
Vorsitzender.

C. Gahner,
Schatzmeister.

B. Sambach,
Generalsekretär.

Zur Aushilfe

haben folgende Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. September bis einschließlich den 30. September 1902 erhalten:

a) Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse:

Berlin III 50, — Breslau I 120, — Dortmund 50, — Dresden 30, — Duisburg 100, — Düsseldorf 80, — Geislingen 40, — Gößnitz 48, — Jena 50, — L.-Gohlis 75, — M.-Glabach 30, — Radeberg 15, — Schweidnitz 55, — Spandau 75, — Staßfurt 75, — Weißensee 20, — Wetter 50 Mk.

b) Begräbniskasse:

Danzig 90, — Gößnitz 150, — Spandau 53 Mk.

Berlin, den 30. September 1902.

C. Gahner, Schatzmeister.

Quittungs-Tabelle

über eingesandte Gelder von Mitgliedern der Hauptkassa für die Zeit vom 1. September bis 30. September 1902.

(Für den Gewerbeverein gelten die ersten, für die Zuschuß-Kranken- bezw. Gewerbevereins-Begräbniskasse die in (—) beigefügten Zahlen.)

- Heuz-Rügenwalde 0,60 (1,80—0,20), — Eickenroth-Ottohof 3,90,
- Weniger-Goldberg 1,20 (2,64), — Lohsch-Br.-Holland (1,04), —
- Neugebauer-Altwasser 1,20 (1,68), — Jauß-Abelsheim 2,25 (1,65), —
- Jauß-Ochsenfurt 2,70 (8,10), — Vuberek-Lyck 1,20, — Herrmann-
- Elz 3,90, — Jagusch-Schalke 0,75 (2,25), — Odrowski-Elz 2,25, —
- Sarpain-Caternberg 0,60 (1,32—0,40), — Rost-Cassel 0,45, —
- Brandt-Kupferdreh 1,50 (4,50—1,30), — Scheibe-Hamburg 0,75 (1,05),
- Vogt-Frankfurt a. M. 0,75, — Madre-Lohr 1,20 (3,60), —
- Sade-Drasigmühle 0,60 (1,80), — Wein-Gr.-Lichterfelde 0,60 (1,32—0,20),
- Mahn-Samund 1,65, — Bäckold-Schwanenheim 1,50, — Eich-
- mann-Wülfel 0,60 (1,80—0,20), — Bunke-Hamburg 1,50 (2,10), —
- Haas-Everbach 0,60 (1,80), — Fischer-Ilzingen 1,35 (4,05), — Ellinger-
- Heilbronn 1,05 (3,15), — Dittke-Fürstenwalde 0,60 (1,80—0,20),
- Quandt-Meustrelitz 0,75, — Neumann-Seitendorf 0,90 (1,98), —
- Thuran-Lehdorf 0,90, — Kallenbach-Knittingen 0,60, — Lemarz-
- Mex 0,90, — Will-Kiel 2,85, — Radunski-Wilhelmshafen 0,60
- (1,32—0,40), — Deutschendorf-Gaarden 0,75 (1,65), — Stadler-
- Amorbach 0,30 (0,90), — Groß-Erfurt 1,50 Mt.

G. Gafner, Schatzmeister.

Versammlungen.

Oktober.

- Allenstein. 12. Nachm. 5 Uhr, Vers. in der „Herberge für vereinigte Innungen“. Gesch., Beitrags., Versch.
- Ausbach. 12. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Halbmond“. Versch.
- Augsburg. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffe National“. Gesch., Versch.
- Bautzen. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Zittau“. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Erster). 11. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Versch.
- Berlin (Königst.). 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Gesch., Versch.
- Berlin (Moabit). 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest zur Stadt Riegwitz“, Alt-Moabit 77, Ecke Jagowstr. Gesch., Beitrags., Versch.
- Berlin (West). 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Versch.
- Berlin (Nord). 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Beitrags.
- Berlin VI (Pianofortearb.). 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickstr. 158 im Hof. Gesch., Vortrag des Gen. E. Plawon über „Die Nothwendigkeit der Arbeiterberufsorganisation“, Beitrags., Versch. — Leipziger Musikinstrumentenzeitung liegt aus.
- Berlin (Modell- u. Fabriktschler) 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Chausseest. 72. Gesch., Beitrags. u. A.
- Berlin. Seb. Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsst. d. Sängerkors d. Deutschen Gewerbevereine (S. D.) im „Nest. Noad“, An der Stralauerbrücke 2a.
- Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 10. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wolffschläger, Adalbertstr. 21.
- Beuthen. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Beuthener Bürgergarten“, Al. Blodnickstr. 4. Gesch., Beitrags. u. A.
- Borcholt. 12. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Matzschke, Ewaldstr. Gesch., Beitrags.
- Bredow. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Bredower Brauerei“. Versch.
- Breslau (Holzarb.). 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. z. grünen Löwen“, Büttnerstr. Gesch., Beitrags., Versch.
- Breslau (Tischler). 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Büttnerstr. Gesch., Versch.
- Bromberg. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Wicher, am Fischmarkt. Beitrags., Versch.
- Bruchsal. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Einhorn“. Beitrags., Gesch.
- Bütow. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Dumröse, am Markt. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Samusef, Windscheidstr. 29. Gesch.
- Cöln a. Rh. 12. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Schösser“, Hohepforte 8, I.
- Danzig. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Gesch., Beitrags.
- Dortmund. 12. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Bromberg“, Westenhelweg 120. Beitrags., Gesch., Versch.
- Dresden. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Frauenstr. 12, I. Beitrags., Gesch.
- Düsseldorf. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schumacher, Zimmermannstr. 38a.
- Duisburg. 12. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Hasenkamp, Friedr. Wilhelmstr. 16. Gesch., Beitrags., Versch.
- Elberfeld. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Cöliner Wappen“, Kaiserstr. 8. — 16. Abds. 9 Uhr, Diskutirklub. Vortrag Ab. Genossenschaftswesen.
- Elbing. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehau“. Beitrags., Gesch.
- Freiburg. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrags.
- Gera. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Felm's Nest“, Kornmarkt. Beitrags.
- Gleiwitz. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum gelben Hirsch“, Zabrzer Chaussee. Gesch., Beitrags., Versch.
- Göppingen. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Ochsen“. Versch.
- Görlitz (Tischl.). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrags., Versch.
- Gumbinnen. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. Darkehmerstr. 41. Beitrags., Versch.
- Hagen. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Saarmann, Wehringhausstr. 39. Versch.
- Halle. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Marktstr. 9. Beitrags.
- Hirschberg. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. goldenen Löwen“. Gesch.
- Jena. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, im „Kaffehaus“. Beitragszahlung.
- Kall. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haupt, Viktoriast. 73. Beitrags., Versch.
- Karlsruhe. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
- Kattowitz. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Nagel's Gesellschaftshaus“, Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags., Versch.

- Landeshut. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. blauen Hirsch“. Vortrag des Kollegen Uiber.
- Landsherg I. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Neumann, Paradeplatz. Versch.
- Landsherg II. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Zerbe, Priesterstr. 9. Gesch., Beitrags.
- Langenbielan. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Adam. Gesch., Beitrags., Versch.
- Langenöls. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Pfeiffer. Gesch., Beitrags., Versch.
- L.-Lindenau. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönig's Saalbau“, Lützenerstr. 14.
- Liegnitz. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“, Kohlmarkt 22. Gesch., Beitrags., Versch.
- Löbau. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Morgenstern“. Beitrags. u. A.
- Mannheim. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Pfalzgraf Ludwig“, R. 19.
- Mülheim (Ruhr). 19. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. König, Charlottenstr. Beitrags.
- Neustadt (Westpr.). 12. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Freundschaftl. Garten“, Wallstr. Gesch., Beitrags., Versch.
- Nowawes. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Lucht, Wilhelmstr. 24. Beitrags.
- Paschkau. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“. Gesch., Beitrags.
- Pfersee. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Johannesbad“. Beitrags., Versch.
- Plettenberg. 19. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Betermann. Gesch., Beitrags.
- Pofen. 19. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Flechtmann, Wasserstr. 27. Gesch., Beitrags.
- Potsdam. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Bell, Waisenstr. 61. Beitrags., Gesch.
- Rigdorf. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Gesch., Beitrags.
- Rothenburg. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Kirchdörfer. Beitrags., Gesch.
- Rudolstadt. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nestaur. Danz.“ Beitrags., Gesch.
- Schleuditz. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Müller, Bahnhofstr. Gesch., Beitrags.
- Spandau. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Gesch., Beitrags.
- Sprottau. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Beitrags., Gesch.
- Stargard. 12. Nachm. 1 1/2 Uhr, Vers. in der „Turnhalle.“ Beitrags., Rechnungslegung.
- Stassfurt. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Kalle, Güstenerstr. 3. Gesch., Versch.
- Stettin I. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Labudde, Louisestr. 18. Beitrags. u. A.
- Striegau. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.
- Ulm. 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Steinbock“. Beitrags., Diskussionsst.
- Weinheim. 12. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwan“. Beitrags.
- Weisenteufel. 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Versch.
- Wismar. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Lindenhof“. Gesch., Versch.

Orts- und Medizinalverbände.

- Elberfeld (Ortsverband). 12. Abds. 6 Uhr, Vers. im „Nest. Germania“, Bahnhofstr. 74. Vortrag von Frl. Christmann (Eölu).

Anzeigen.

Ortsv. der Tischler Breslau.

Aus Anlaß der 25-jährigen Mitgliedschaft der Genossen Scholz und Liebe findet Sonnabend, den 18. Oktober, ein Familienabend im Vereinslokal (Büttnerstr.) statt, wozu alle Genossen freundlichst eingeladen sind. Der Ausschuß.

Gewerkverein Bildhauer der Deutschen

Die unentgeltliche Stellenvermittlung befindet sich in Berlin, Dresdenerstr. 10, Restaur. Preuss, an den Wochentagen von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr Abds. — Alle Anfragen, Vermittlung betr., zuzurichten an Stell. S. Mohr, Urbanstr. 130, S. Sfgl. III.

Tischlerschule Gera,

Neuch J. L. Vorunt. 1. Okt. — Hauptunt. 4. Nov.

Mathenow. Durchreisende Mitglieder erh. eine Unterst. von 50 Pf. beim Ortsverbands-Kassirer Herrn Arummrei, Fehrbellinerstr. 4.

Der gemeinsame Arbeitsnachweis der Ortsvereine der Tischler Berlin I bis VI, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt

Grünstrasse 20, pt.

Tägl. geöffnet Vorm. v. 8—10 Uhr.

Herzogliche Baugewerkschule

Wunt. 8. Nov. Holzminden Wtr. 01/02
Vorunt. 6. Oct. 880 Schül.
Maschinen- u. Mühlenbauschule
m. Verpflegungsanstalt. Dir. L. Haarmann

Tischlerschule Sternberg

(Mecklb.)
Architektur-, Zeichner-, Meisterkurse.

Patent-Bureau Richard Lüders

Görlitz + + Berlin NW. 7
Mühlweg 13. Mittelstr. 24.
Gegründet 1874.

Der Arbeitsnachweis des Ortsverbandes Elberfeld befindet sich im „Gasth. zum Cölnier Wappen“, Kaiserstr. 8.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler Schweidnitz befindet sich beim Genossen Paul Schubert, Vorwerkstraße 3, H. II.

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereiner erhalten eine Extraaufstellung zum Logis u. Frühstück. Diejenigen, welche einen Ortsverein hier haben, erhalten Karten bei dem betreffenden Kassirer, alle anderen b. Ortsverbandskassirer.

In Frankfurt (Oder) erhalten durchwandernde Gewerbevereinsgenossen freie Verpflegung in der „Herberge zur Heimath“ für Nachtlager, Abendbrot und Frühstück. — Karten sind bei allen Ortskassirern zu haben.